FORUM POLITICUM JENENSE

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Helmut Hubel

Moral, Realpolitik und transnationale Bindungen

Das trilaterale Verhältnis zwischen Deutschland, Israel und den USA

HA
9000
1/1998.5
F

FPJ-Nr. 5/98

Institut für Politikwissenschaft

D – 07740 Jena Tel.: 03641/945431
Carl-Zeiß-Str. 3 Fax: 03641/945432

FORUM POLITICUM JENENSE

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Helmut Hubel

Moral, Realpolitik und transnationale Bindungen

Das trilaterale Verhältnis zwischen Deutschland, Israel und den USA

Vortrag im Institut für Politikwissenschaft
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. Juli 1998

FPJ-Nr. 5/98

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung durch das
Thüringer Ministerium für Justiz und Europaangelegenheiten

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Helmut Hubel:
Moral, Realpolitik und transnationale Bindungen: Das trilaterale Verhältnis zwischen Deutschland, Israel und den USA. Vortrag im Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, gehalten am 1. Juli 1998. – Jena: Universitätsdruckerei, 1998

Forum Politicum Jenense, Beitrag Nr. 5

ISBN 3-9805570-4-9

FORUM POLITICUM JENENSE

Beitrag Nr. 5

Herausgeber:

Institut für Politikwissenschaft,
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Carl-Zeiß-Str. 3

07740 Jena

Tel.: 03641/945431
Fax: 03641/945432

Copyright: 1998 by Institut für Politikwissenschaft, Jena

Bezug: über Herausgeber gegen Herstellungskosten + Versand

ISBN 3-9805570-4-9

I. Einleitung

Individuelle Moralvorstellungen, so lehrt die Schule des politischen Realismus, können im Bereich des Politischen - zumal in den internationalen Beziehungen - keine unvermittelte Anwendung finden: „(...) The intricacies of group relations (...) make it impossible to transfer an ethic of personal relations uncritically to the field of inter-group relations." Der Einzelne möge im zwischenmenschlichen Bereich noch so hehre Wertvorstellungen hegen und sich entsprechend verhalten, im Bereich der (internationalen) Politik gälten andere Gesetze: „The selfishness of human communities must be regarded as an inevitability. (...) Modern man has progressed only a little beyond his fathers in extending his ethical attitudes beyond the group to which he is organic and which possesses symbols, vivid enough to excite his social sympathies." - Der moderne Mensch sei nur wenig über seine Vorfahren hinausgelangt und habe seine ethischen Einstellungen nur wenig über diejenige Gruppe ausgeweitet, die entsprechende Symbole besitze und die lebhaft genug sei, um seine sozialen Sympathien zu erregen.

Diese Feststellungen finden sich im Werk des amerikanischen Theologen Reinhold Niebuhr *Moral Man and Immoral Society* aus dem Jahre 1932[1] - in einer Studie, die bekanntlich dem Verfasser des ersten Standardwerkes der internationalen Politik, Hans J. Morgenthau,[2] einige grundlegende Annahmen vermittelt hat: Individuen mögen fromm sein und ethisch einwandfrei handeln; Staaten dagegen seien gezwungen, ihren nüchtern kalkulierten Interessen zu folgen. Wenn sich politisch Handelnde bei der Verfolgung nationalen Interesses unmoralisch verhielten - unmoralisch im Sinne individueller Wertvorstellungen -, so sei dies nicht etwa Charakterdefiziten geschuldet, sondern folge aus den „ehernen Gesetzen" der *politics among nations*, deren Schlüsselbegriffe Macht und nationales Interesse lauteten.

---

[1] New York: Scribener's, S. 172, 272 u. 49.

[2] Politics among Nations, New York: A. Knopf, 1948.

Reinhold Niebuhr und Hans J. Morgenthau werden hier nicht nur angesprochen, um eine Kernaussage des politischen Realismus kurz zu erläutern. Was Niebuhr und Morgenthau verbindet und für das hier behandelte Thema zusätzlich wichtig macht, ist die Tatsache, daß beide in den USA bedeutende wissenschaftliche Karrieren mit politischen Wirkungen begründet haben - und beide mittelbar oder unmittelbar aus Deutschland stammen. Der protestantische Theologe Niebuhr, dessen Vater im Jahre 1881 in die USA eingewandert war, und der deutsch-jüdische Völkerrechtler und Politikwissenschaftler Morgenthau, der Ende der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts seine Heimat verlassen hatte, repräsentieren gewissermaßen einen christlich-jüdisch-deutsch-amerikanischen Traditionsstrang politischen Denkens. Gemeinsamer Ahnherr der beiden ist, ohne daß dies in ihrem Schrifttum immer *explizit* nachzuweisen wäre, der Philosoph Friedrich Nietzsche und dessen bis auf Thukydides zurückweisender Begriff der Macht.[3]

Die Hauptthese der nun folgenden Untersuchung lautet, daß die von Niebuhr und Morgenthau formulierten „ehernen Gesetze" des politischen Realismus nicht in allen Fällen und nicht in der behaupteten Unabdingbarkeit gelten. Am Beispiel des dreiseitigen Verhältnisses zwischen Deutschland, Israel und den USA soll ausgeführt werden, daß Interessen-, Macht- oder Realpolitik nicht ausreicht, um die Spezifik dieses „Dreierverhältnisses", wie es sich in den vergangenen 50 Jahren herausgebildet hat, hinreichend zu erklären. Über die selbstverständlich auch wirksamen realpolitischen Faktoren hinaus scheinen im untersuchten Fall zusätzliche Aspekte wichtig und charakteristisch zu sein. Diese werden mit den Begriffen der Moral und der transnationalen Bindungen zusammengefaßt. Indem die Faktoren und die Träger der „Moralpolitik" untersucht werden, soll dem - wie es scheint - einzigartigen „Dreierverhältnis" nähergekommen werden. Zu zeigen wird sein, daß hier die

[3] Detaillierte Nachweise hierzu in Christoph *Frei*, Hans J. Morgenthau. Eine intellektuelle Biographie, Bern u.a.: Haupt, 1994 (2. Aufl.), S. 96 f., 114.

Aspekte der politischen Erinnerung,[4] der politischen Moral und des transnationalen Zusammenwirkens eine besondere Bedeutung aufweisen. Es geht dabei nicht um grundsätzlich verallgemeinerbare Aussagen, sondern um die Spezifik einer Dreierbeziehung, deren 50-jähriges Jubiläum in den Jahren 1998/99 mehrfach begangen wird.

Die folgenden Darlegungen nähern sich dieser Beziehung in vier Schritten:
Zunächst soll eine theoretische Konzeption erläutert werden, die - nach Auffassung des Verfassers - besser als der eingangs erwähnte Ansatz in der Lage ist, das Thema zu untersuchen;
dann soll gezeigt werden, daß dieses Dreierverhältnis besondere Ursprünge und Grundlagen aufweist, welche die späteren Entwicklungen maßgeblich beeinflußt haben;
danach geht es um die drei besonderen bilateralen Beziehungen, die das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Israel und den USA jeweils kennzeichnen,
und schließlich sollen nach 50 Jahren die Kontinuitäten und Faktoren des Wandels bestimmt und ein Ausblick in die Zukunft gewagt werden.

II. Zum theoretischen Umgang mit Moral-, Real- und transnationaler Politik

Martin Wight und Hedley Bull, die zwei wohl wichtigsten Vertreter der sogenannten „englischen Schule" der Internationalen Politik haben ihre theoretischen Untersuchungen auf die Prämisse gestützt, daß internationale

[4] Vgl. Charles S. *Maier*, The Unmasterable Past. History, Holocaust, and German National Identity, Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press, 1988 (dt.: Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen, Frankfurt/M. u. New York: Campus, 1992) und die Arbeiten von Thomas *Banchoff* (z.B.: Making Sense of Continuity: Conceptual Approaches to German Policy in Europe, Draft paper prepared for the AICGS/CGES/Berkeley project on 'Germany's Role in the Shaping of the New Europe', Berkeley, CA, April 1996).

Politik stets durch drei Grundmerkmale geprägt sei.[5] Betone der eingangs erwähnte politische Realismus die zentrale Rolle des Konflikts, so gehe die Denktradition des Internationalismus von der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit als dem jeweiligen Grundphänomen aus. Der dritte Ansatz verneine gegenüber den genannten Denkschulen die Schlüsselrolle der Staaten und hebe statt dessen die transnationalen Aktivitäten von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen hervor. Wights und Bulls Grundannahme war, daß in der Wirklichkeit keines dieser Phänomene exklusiv anzutreffen sei; vielmehr komme es bei der Analyse auf das jeweilige „Mischungsverhältnis" zwischen den drei - als grundsätzlich gleichwertig erklärten - Grundtatsachen internationaler Politik an. Dementsprechend könnten auch die drei Denkschulen der „international theory" grundsätzlich ebenbürtigen Rang beanspruchen.[6] Damit ist ein theoretischer Ansatz gegeben, der breiter und elastischer als monokausale theoretische Bemühungen operieren kann.

Diese abstrakten Aussagen seien konkret auf unser Dreierverhältnis bezogen:

Das Element des Konflikts - nämlich der Ost-West-Konflikt - hat die Gründung des einen Staates (der Bundesrepublik Deutschland) wesentlich beschleunigt und die entscheidenden Rahmenbedingungen dafür gegeben, daß die drei Staaten seit den fünfziger Jahren einander näherkamen. Das Dreierverhältnis entsprach darüber hinaus besonderen Bedürfnissen, welche die drei Staaten gegeneinander hatten und die nur der jeweils andere zu erfüllen vermochte:

- Die durch wesentliche Förderung der USA gegründete Bundesrepublik Deutschland benötigte die Führungsmacht der nordatlantischen Allianz, um militärischen Schutz und Souveränität zu gewinnen; und sie benötigte

---

[5] Vgl. Martin *Wight*, International Theory: The Three Traditions, Gabriele Wight and Brian Porter (Hrsg.), Leicester u. London: Leicester Univ. Press., 1991 und 1994 (Paperback-Ausgabe), Royal Institute of International Affairs, London; Hedley *Bull*, The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics, London: Macmillan, 1977 (2. Aufl. mit einem Vorwort von Stanley Hoffmann, New York: Columbia Univ. Press., 1995).

[6] Vgl. *Bull*, Martin Wight and the Theory of International Relations, in: *Wight*, International Theory. The Three Traditions, a.a.O., S. IX-XXVII.

Israel, um Respektabilität, genauer gesagt: moralische und politisch-wirtschaftliche Kreditwürdigkeit, zu erlangen;
- Israel bedurfte sowohl der USA als auch der Bundesrepublik Deutschland, um sein Überleben in einer feindlichen Umwelt wirtschaftlich und militärisch zu sichern;
- Die USA schließlich benötigten beide Partner, um während des Kalten Krieges in Europa und im Nahen Osten die „Frontlinien" gegenüber der Sowjetunion halten zu können.

Diese Interessenbilanz unterstreicht die Aussagen des realistischen Ansatzes. Jedoch fallen zwei Momente auf: Im deutschen Fall ist nicht nur von realpolitischen, sondern auch von moralischen Anliegen die Rede; und im Falle der USA ist darauf hinzuweisen, daß eine nüchterne Interessenkalkulation nicht Israel, sondern die arabisch-islamischen Staaten zum „natürlichen Partner" in der Großregion des Nahen und Mittleren Ostens gemacht hätte. Tatsächlich hielten die USA in den späten vierziger und den fünfziger Jahren zu Israel betont Distanz; erst seit den späten sechziger Jahren kann das Verhältnis zwischen den USA und Israel als besonders eng bezeichnet werden. In den fünfziger Jahren waren die USA Israel gegenüber zu keiner militärischen Unterstützung bereit. Wie zu zeigen sein wird, übernahm die Bundesrepublik in diesen Jahren gegenüber dem jüdischen Staat eine charakteristische Rolle als Stellvertreter der USA. Erst angesichts der zunehmenden sowjetischen Unterstützung für die arabischen Feinde Israels bildeten sich seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 die Fronten im Nahen Osten entsprechend der Logik des Ost-West-Konflikts heraus.

Ein zusätzlicher Grund für das zunehmend enge Verhältnis zwischen Israel und den USA liegt nun aber nicht in der Struktur der internationalen Beziehungen, sondern in einem gewichtigen transnationalen Faktor: in den stärker werdenden Bindungen zwischen der jüdischen Gemeinschaft in den USA und Israel. Auf diesen transnationalen Faktor, der für unser Dreier-

verhältnis insgesamt wachsende Bedeutung gewonnen hat, wird am Ende dieser Darlegungen besonders hinzuweisen sein.

Nach den Grundfaktoren des Konflikts und des Transnationalen ist noch auf das dritte Element hinzuweisen, die Zusammenarbeit. Für das hier untersuchte trilaterale Verhältnis erscheint besonders wesentlich, daß es sich auf charakteristische gemeinsame Werte und Überzeugungen gründet: Das religiöse Vermächtnis des Alten Testaments, die gemeinsame Anerkennung der Aufklärung und der sie prägenden Prinzipien wie Rationalität, Freiheit und Verantwortung des Individuums und schließlich ihre Anwendung im Bereich des Politischen mit der Demokratie und den Menschenrechten als den Grundlagen einer gerechten Ordnung. Zugegeben: In dieser kurzen Aufzählung klingen diese Begriffe wie Platitüden. Man verlasse jedoch nur einen Augenblick die jüdisch-christliche Tradition und prüfe, wie weit die genannten Prinzipien zum Grundbestand anderer politischer Kulturen gehören. Auch die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland zeichneten sich gerade durch einen radikalen Bruch mit diesen ethischen, religiösen und politischen Werten aus. Es soll nun gezeigt werden, daß für die Bundesrepublik Deutschland dieser Bruch und dessen Folgen den entscheidenden Anstoß gegeben haben für die „Moralpolitik" gegenüber Israel, die wiederum das Verhältnis zu den USA wesentlich gefördert hat.

III. Zu den Ursprüngen und Grundlagen des trilateralen Verhältnisses

Am Anfang des hier untersuchten trilateralen Verhältnisses stand eine einzigartige Katastrophe. Davor hatte es lange und intensive Verbindungen gegeben, weshalb diese Katastrophe umso schwerer wirken, weshalb es dann aber auch einen Neuanfang geben konnte. Der von der nationalsozialistischen Führung angeordnete Völkermord am deutschen und europäischen Judentum, an dem Hundertausende bis Millionen von Deutschen

mehr oder weniger aktiv mitgewirkt und den zahllose weitere zumindest passiv hingenommen haben,[7] hat bekanntlich an die sechs Millionen Opfer gekostet. Es geht hier nicht um Zahlen und ein Aufrechnen mit den anderen Toten des Zweiten Weltkrieges. Und wenn sich auch westdeutsche Historiker vor gut einem Jahrzehnt in gelehrten Ausführungen darüber gestritten haben, wie „einzigartig" dieser Völkermord tatsächlich gewesen sei - Tatsache bleibt, daß dieses Ereignis die deutsche und allgemeine Nachkriegsgeschichte zutiefst geprägt hat und weiter lebendig ist. Man denke nur an die jüngsten Kontroversen um das Buch des amerikanischen Historikers Daniel Goldhagen oder die anhaltenden Debatten über das in Berlin zu errichtende Holocaust-Denkmal.

Bedeutsam erscheint, daß sich seit der Einheit von 1990 auch die Deutschen in den neuen Bundesländern mit dieser Vergangenheit aktiv auseinandersetzen, hatte doch die Ideologie des SED-Regimes die Verantwortung für den Nationalsozialismus den „westdeutschen Kapitalisten und Imperialisten" überlassen und sich erst am Ende diesem Problem gestellt.[8] Nur das erste und letzte frei gewählte Parlament der DDR hat sich bekanntlich am 12. April 1990 zur „Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Vergangenheit und Zukunft" bekannt und den Staat Israel für die „Heuchelei und Feindseligkeit" der DDR-Politik um Verzeihung gebeten.[9]

Hier in Jena - nicht weit entfernt von der Gedenkstätte Buchenwald - ist daran zu erinnern, daß dort am 11. April 1945 unsere Dreierbeziehung ge-

---

[7] „Millionen von Deutschen waren also in die Verbrechen involviert als Täter, als Mitläufer, als 'Dabeistehende' (...)" . (Gesine *Schwan*, Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens, Frankfurt/M.: Fischer, 1997, S. 122. Die Autorin bezieht diese Feststellung auf alle Arten von Verbrechen während der NS-Zeit.)

[8] Der Staatsratsvorsitzende Honecker und andere führende Vertreter der DDR hatten am 9.11.1988 erstmals an Gedenkfeiern zur sogenannten „Reichskristallnacht" - wie sie in der zynischen LTI (lingua tertii imperii, vgl. Victor *Klemperer*, LTI, Leipzig 1975) genannt wurde - von 1938 teilgenommen.

[9] Gemeinsame Erklärung der Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Ost-Berlin, 12. April 1990, in: *Europa-Archiv* 45. Jg., Nr. 10, 1990, S. D 242 f.; D 242. - Vgl. zusammenfassend Angelika *Timm*, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn: Bouvier, 1997.

wissermaßen symbolisch begonnen hat. An diesem Tag hat die U.S. Army zum erstenmal ein größeres deutsches Konzentrationslager betreten. Die Bilder und Informationen von Buchenwald, welche die amerikanischen Behörden in Deutschland und der Welt verbreiteten, waren die ersten konkreten Nachweise über die Verbrechen, die während Hitlers Herrschaft begangen worden waren.[10] Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Sowjetarmee bereits am 27. Januar 1945 Auschwitz befreit hatte.

Hitlers einzigartiger Wahn, das in Deutschland und Europa lebende Judentum zu vertreiben und schließlich zu vernichten, war eine in letzte Brutalität gesteigerte Reaktion auf ein jahrhundertelanges oft schwieriges Zusammenleben zwischen Christen und Juden in Europa. Auch in anderen europäischen Ländern hatte es Antisemitismus gegeben - man denke nur an die Pogrome im zaristischen Rußland oder an die Dreyfuss-Affäre in Frankreich, die den Wiener Journalisten Theodor Herzl schließlich zum Zionisten gemacht und den entscheidenden Anstoß zur Schaffung des Staates Israel gegeben hat. So furchtbar der millionenfache Mord am europäischen Judentum war, so hat er doch die jahrhundertelange Geschichte jüdischen Lebens in Europa, dessen große Leistungen und die Erinnerung daran nicht auslöschen können. Zu diesem Aspekt wird am Ende zurückzukehren sein; hier sei zunächst kurz an die reiche deutsch-jüdische Vorgeschichte erinnert, die jenen zwölf Jahren vorausging.

Es war eine ganz besondere deutsch-jüdische Verbindung im Geistesleben, in der Wissenschaft, in den Künsten, in der Wirtschaft und der Politik, ohne das die europäische Kultur nicht das hätte werden können, auf das wir mit Recht so stolz sind. Lessings *Nathan der Weise* mit seinem aufklärerischen Ideal religionsübergreifender Toleranz, Heinrich Heines bitter-süße Gedichte und manchmal prophetischen Betrachtungen zu den Wirkungen deutscher

[10] Vgl. David *Hacket* (Hrsg.), The Buchenwald Report, Boulder, San Francisco u. Oxford: Westview, 1995; dt. Ausgabe: *ders.*, Der Buchenwald-Report, München: Beck, 1997 (2. Aufl. von 1996); vgl. bereits Eugen *Kogon*, Der SS-Staat, Das System der deutschen Konzentrationslager, München: Kindler, 1974; TB-Ausgabe: München: Heyne, 1997.

Literatur und Philosophie, die Zusammenarbeit des Komponisten Johannes Brahms mit dem Geiger Joseph Joachim oder das Wirken Felix Mendelssohn-Bartholdys, Gerson Bleichröder als Finanzier Bismarcks, Walter Rathenaus Organisationstalent während des Ersten Weltkriegs und sein Wirken als Außenminister der jungen Weimarer Republik, für die er sein Leben ließ - eine angemessene Auseinandersetzung mit den „Sternstunden" wie den Abgründen deutsch-jüdischer Begegnung erforderte viel mehr Zeit und Wissen, als es hier präsentiert werden kann. Insgesamt läßt sich wohl von einer „schmerzhaften Symbiose" zwischen Judentum und deutscher Kultur sprechen, um einen Buchtitel des Literaturhistorikers Jost Hermand zu paraphrasieren.[11] Worauf es hier ankommt, ist der Hinweis auf die lange, intensive Vorgeschichte, die den damaligen Lagern und heutigen Gedenkstätten wie Auschwitz und Buchenwald voranging.

Es ist wohl diese intensive Verbindung und gegenseitige Befruchtung, die das deutsch-jüdisch-israelische Verhältnis so besonders macht. Um dies thesenhaft zusammenzufassen, sei eine Feststellung des amerikanischen Journalisten Thomas Friedman zum Verhältnis der USA zu Israel paraphrasiert und auf das deutsch-israelisch-jüdische Verhältnis folgendermaßen bezogen:

> Israel nimmt in der deutschen Psyche, in der deutschen und europäischen Zivilisation, einen Platz ein, wie wohl kein anderes Land. Jahrhundertelang waren Juden ein integraler Teil des deutschen und europäischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Der Holocaust (hebr.: die Schoa) hat in der Nachkriegsidentität Deutschlands tiefe Spuren hinterlassen. Israel ist heute in der deutschen Psyche und im deutschen Bewußtsein verankert wie wahrscheinlich kein anderes Land.[12]

---

[11] Jost *Hermand*, Judentum und deutsche Kultur. Beispiele einer schmerzhaften Symbiose, Köln, Weimar u. Wien: Böhlau, 1996.

[12] Auf den Freistaat Thüringen bezogen, sei diese Feststellung am Festakt in der Staatskanzlei Erfurt vom 13. Mai 1998 erläutert: Dem Verfasser ist außer Israel kein anderes Land bekannt, zu dessen 50. Gründungstag der Ministerpräsident Thüringens zu einem Festakt einladen und der Botschafter des besagten Landes die Festansprache halten würde. - Vgl.

Nun sei, ebenso kurz, auf die Rolle der USA im trilateralen Verhältnis hingewiesen: Die USA sind zum Zentrum europäischer Auswanderung geworden, seitdem die Pilgrim Fathers in der neuen Welt vor allem religiöse Freiheit suchten und fanden, und andere Immigranten etwa politischer Verfolgung - man denke nur an die Flüchtlinge der bürgerlichen Revolution im Deutschland von 1848/49! - oder einfach der Armut europäischer Länder zu entkommen suchten. Am Ort von Friedrich Schillers Wirken braucht auch nur an die zweite Szene des zweiten Aktes von *Kabale und Liebe* erinnert zu werden, in der vom Verkauf deutscher Landsknechte nach Amerika die Rede ist.

Um es kurz zu fassen: Bis zum 20. Jahrhundert kam der Großteil der Einwanderer in die USA aus Europa, darunter Deutsche und europäische Juden. In Zahlen ausgedrückt, haben im Jahre 1990 von den 248,7 Mio. US-Bürgern 57,8 Mio. - 23,3 Prozent - deutsche Vorfahren angegeben.[13] Damit stellen die „deutschen" Amerikaner die größte Bevölkerungsgruppe in den USA, noch vor den Engländern und Iren. Vielen europäischen Einwanderern gelang in der neuen Welt ein bemerkenswerter gesellschaftlicher Aufstieg. An Stelle einer hier unmöglich zu leistenden Übersicht sei nur beispielhaft an den Gründer der *New York Times*, bis heute eine der bedeutendsten Tageszeitungen der Welt, erinnert: Der Vater von Adolph Ochs, Julius Ochs, war aus Fürth in Bayern in die USA ausgewandert; die Mutter, Bertha Levi, war 1848 von ihrem besorgten Vater von Heidelberg nach Amerika geschickt worden.

---

zum Zitat: Thomas *Friedman*, U.S. Media and the Middle East, in: Shai *Feldman* (Hrsg.), U.S. Middle East Policy: The Domestic Setting, Boulder, Colo.: Westview (for the Center for Strategic Studies, Tel Aviv University), 1988 (JCSS Special Study), S. 36-39; 36: „Israel occupies a place in the American psyche, in American civilization, that no other country really does. The Puritans, the very people who founded America, really saw themselves as reenacting the Israeli drama in going to America. (...) The whole notion of Israel is deeply embedded in the American psyche and consciousness."

[13] U.S. Census 1990, zitiert in: Sam *Roberts*, Who We Are, New York: Times Book, 1995, S. 290.

In den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts wurden die USA noch einmal zum Zentrum einer deutschen und europäischen Auswanderungswelle, von Juden und Nichtjuden, die vor dem Dritten Reich geflohen waren. Stellvertretend sei hier an die Gebrüder Heinrich und Thomas Mann erinnert. Der jüngere von beiden schrieb in den USA bekanntlich zwei wichtige Romane: In seinem *Doktor Faustus* befaßte er sich mit dem „katastrophalen Rückfall des hoch- und überentwickelten Geistes in archaische Primitivität",[14] und in *Joseph und seine Brüder* behandelte er Geschichten des Alten Testaments. Die Emigranten etwa in Kalifornien - neben den Gebrüdern Mann beispielsweise die Dirigenten Otto Klemperer und Bruno Walter und etwa der Schriftsteller Bertold Brecht, um nur einige von ihnen zu nennen - waren zugleich Opfer und Zeitzeugen des hier behandelten Themas.[15]

Unter den amerikanischen Juden, von denen nicht wenige aus Deutschland oder Osteuropa stammen, sind die Erinnerungen an die Verbrechen Hitler-Deutschlands besonders lebendig geblieben. Im Bau von Holocaust-Museen, etwa in Washington, D.C. oder in Los Angeles - mehr als 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg -, haben sich diese Gefühle deutlich artikuliert. Bedeutsam ist, daß diese Museen bewußt nicht die Nachkriegs-Geschichte Deutschlands und die Versuche zur Aufarbeitung der Vergangenheit behandeln - was von deutscher Seite gehofft worden war. Bis heute ist das Verhältnis vieler amerikanischer Juden und ihrer Organisationen zu Deutschland durch die Geschichte teilweise schwer belastet.[16] Allerdings verbieten sich Verallgemeinerungen: Am Beispiel des American Jewish Committee soll am Ende gezeigt werden, daß die Zeit der Verbitterung und Sprachlosigkeit wenigstens teilweise beendet werden konnte.

---

[14] Erich Heller, zitiert in Kindlers Literatur Lexikon, Bd. 7, München: dtv, 1974 (Lizenzausgabe des Kindler Vlg. Zürich), S. 2793.

[15] Vgl. Anthony *Heilbut*, Exiled in Paradise: German Refugee Artists and Intellectuals in America, New York: Viking, 1983.

[16] Vgl. Shlomo *Shafir*, American Jews and Germany after 1945. Points of Connection and Points of Departure, Cincinnati 1993 (American Jewish Archives). Eine Gesamtdarstellung des israelischen Autors in Buchform soll in Kürze erscheinen.

Schließlich seien kurz die Grundlagen der trilateralen Beziehungen aus der Perspektive Israels untersucht. Der jüdische Staat war vor allem ein Projekt europäischer Juden. Theodor Herzl ist bereits genannt worden. Der von ihm begründete Zionismus war die Verbindung der europäischen Idee des Nationalstaates mit der jüdischen Sehnsucht nach Zion, der Rückkehr ins „gelobte Land". Unmittelbarer Anstoß Herzls und der zionistischen Gründergeneration war das doppelte europäische Problem von Nationalismus und Antisemitismus - die Ausgrenzung und Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung aus dem vermeintlich aufgeklärten, toleranten Europa zu Ende des 19. Jahrhunderts. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die dem Holocaust entronnenen europäischen Juden, die Ashkenasim (hebräisch: „die Deutschen"!), ein besonders wichtiger Teil der Gründergeneration Israels.[17] - Überlebt hatten nur noch annähernd 300.000 Menschen. Die israelischen Erinnerungen und Traumata gegenüber Deutschland und „den Deutschen" waren und sind bis heute ein konstitutives Element der Beziehungen.

Bezüglich Israels Verhältnis zu den USA ist darauf hinzuweisen, daß die heute etwa fünfeinhalb Millionen amerikanischen Juden, immer noch die größte jüdische Gemeinschaft der Welt, eine besondere Verbindung darstellen.[18] Allerdings sei hier vor vereinfachenden Vorstellungen gewarnt: Das Verhältnis zwischen Zionisten und amerikanischen Juden war nie eindimensional oder etwa einheitlich. Vielmehr war es stets geprägt von Debatten über das Wesen des Judentums, über die Bedeutung der Religion, über die Frage der Aliyah (des „Aufstiegs", also der Auswanderung, nach Israel) und

---

[17] Vgl. David Ben Gurions Aussagen gegenüber Bundeskanzler Konrad Adenauer beim denkwürdigen Treffen im Waldorf Astoria Hotel, New York, 14.3.1960 (Wiedergegeben in Yeshayahu A. *Jelinek* und Rainer A. *Blasius*, Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria, in: *VfZ*, 45. Jg., 1997, S. 309-344; 332 f.

[18] Vgl. den guten Überblick (trotz eines blassen Titels und der falschen Schreibweise deutscher Wörter): Seymour Martin *Lipset* und Earl *Raab*, Jews and the New American Scene, Cambridge, Mass: Harvard Univ. Press., 1995; vgl. auch David *Schoenbaum*, The United States and the State of Israel, New York u. Oxford: Oxford Univ. Press., 1993; und Benard *Reich*, Securing the Covenant. United States-Israel Relations After the Cold War, Westport, Conn. u. London: Greenwood, 1995.

heute etwa über die Ziele und Prinzipien des israelisch-palästinensischen „Friedensprozesses". Dennoch hat das Eintreten vieler amerikanischer Juden und ihrer zahlreichen Organisationen für Israel den Aufstieg des jüdischen Staates wesentlich begleitet.[19] In Zahlen ausgedrückt, wird die alljährliche finanzielle Hilfe von jüdischen Organisationen in den USA für Israel mit mehr als einer halben Mrd. US-Dollar veranschlagt.[20] Hinzu kommen beträchtliche private Spenden, über die keine statistischen Angaben verfügbar sind. Die offizielle Hilfe der USA für Israel beläuft sich nach dem Höhepunkt von fast 5 Mrd. US-Dollar im Jahre 1979 seit Mitte der achtziger Jahre auf jährlich knapp 3 Mrd. US-Dollar.[21]

Zu warnen ist vor vereinfachenden Vorstellungen von der sogenannten „Jewish lobby" in den USA: Wenn es sich hier nur um eine ethnisch-religiöse Gruppe der USA handelte, wäre beim besten Willen nicht zu erklären, weshalb eine Lobby von weniger als sechs Millionen Bürgern im politischen System der USA seit den sechziger Jahren so einflußreich geworden ist. Zum einen handelt es sich beim amerikanischen Judentum nicht um eine homogene, einheitlich denkende und handelnde Bevölkerungsgruppe; darüber hinaus, und wohl noch wichtiger, ist festzustellen, daß es sich bei den Freunden Israels keineswegs nur um amerikanische Juden handelt. Vielmehr sollte von einer „Israel-Lobby" gesprochen werden, die sich aus zahlreichen gesellschaftlichen Vereinigungen zusammensetzt - darunter etwa einflußreichen „fundamentalistischen" christlichen Gruppen und vielen Repräsentanten aus Wirtschaft, Politik und Kultur der USA. Gemeinsam ist ihnen die Überzeugung, daß Israel den USA politisch-kulturell in besonderer Weise nahestehe und deshalb besondere amerikanische Förderung verdiene.[22]

---

[19] Wer die Gelegenheit zum Besuch der einen oder anderen Universität in Israel hat, der möge dort die zahllosen Gedenktafeln zu Ehren von ausländischen Stiftern betrachten! Zur Bedeutung Israels im amerikanischen Bewußtsein, vgl. Peter *Grose*, Israel in the Mind of America, New York: A. Knopf, 1983.

[20] Vgl. *Lipset/Raab*, Jews and the New American Scene, a.a.O. (Anm. 18), S. 129.

[21] Vgl. *Schoenbaum*, The United States and the State of Israel, a.a.O. (Anm. 18), S. 4.

[22] Vgl. Anmerkung 12 mit dem Zitat des Journalisten Thomas Friedman.

Dem widerspricht nicht die Feststellung, daß auch in den USA Antisemitismus festzustellen ist und daß manche Politiker und politische Beobachter des Landes vor einer zu engen Anlehnung oder kritiklosen Unterstützung des jüdischen Staates gewarnt haben.[23] Schließlich sollten Kritiker der Lobby-Tätigkeit bedenken, daß das politische System der USA wesentlich von den Initiativen der Gesellschaft lebt: Diejenigen Gruppen und Allianzen, die sich den Spielregeln des Systems entsprechend am effektivsten verhalten und sich an den politischen Debatten und an den Wahlkämpfen am aktivsten beteiligen, sind auch am besten zur Durchsetzung ihrer Interessen in der Lage.[24]

Nachdem, durchaus kursorisch, die Grundlagen des Beziehungsgeflechts zwischen den drei Staaten behandelt worden sind, gilt es nun, zur internationalen Politik im engeren Sinn zurückzukehren und die politischen Beziehungen zwischen den drei Staaten zu untersuchen.

IV. Die drei bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland, Israel und den USA

Eingangs war die Rede von den besonderen Erwartungen und Bedürfnissen, die die drei Staaten Bundesrepublik Deutschland, Israel und USA gegeneinander hatten und die nur sie jeweils erfüllen konnten. Diese Feststellung soll nun ausgeführt werden. Begonnen werden soll mit dem Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel.

---

[23] Vgl. z.B. George W. *Ball* und Douglas B. *Ball*, The Passionate Attachment: America's Involvement With Israel, 1947 to the Present, New York: Norton, 1992.

[24] Vgl. z.B. Allan J. *Cigler* und Burdett A. *Loomis* (Hrsg.), Interest Group Politics, Lobbying and Lawmaking, Washington, D.C. 1978.

1. Die besonderen Beziehungen Bundesrepublik Deutschland - Israel

Für die Überlebenden der Todeslager und ihre Angehörigen war es undenkbar, daß der am 14. Mai 1948 gegründete Staat Israel jemals Beziehungen zu Nachkriegs-Deutschland unterhalten würde. Und doch geschah dies, zunächst nur indirekt und oft im Geheimen, seit 1965 dann offziell. Der Kalte Krieg und Israels Bedürfnisse, sein Überleben wirtschaftlich wie militärisch zu sichern, waren die wesentlichen Rahmenbedingungen.

Trotz dieser „realpolitischen Notwendigkeiten" konnte die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Israel erst beginnen, nachdem die deutsche Seite einen grundsätzlichen Schritt getan hatte: Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärte am 27. September 1951, ein halbes Jahr nach einer Note der israelischen Regierung an die vier alliierten Siegermächte, daß die „im Namen des deutschen Volkes" begangenen „unsagbare(n) Verbrechen" die Bundesrepublik verpflichteten, materielle und moralische Wiedergutmachung zu leisten.[25] Unter Vermittlung des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann,[26] führten die Gespräche und Verhandlungen schließlich zum Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952, in dem die Bundesrepublik finanzielle Leistungen von insgesamt 3,45 Mrd. DM zusagte.[27] Von deutscher Seite ist dies häufig als „Wiedergutmachungsabkommen" bezeichnet worden. Dies ist jedoch ein Euphemismus, konnten doch die Toten nicht wiedererweckt, nur die Leiden der Überlebenden gelindert und der Aufbau Israels unterstützt werden.

Politisch und völkerrechtlich war dieser Schritt präzedenzlos: Ein Staat, der 1945 nicht existiert hatte (aber die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches

---

[25] Vgl. die Dokumente in Rolf *Vogel* (Hrsg.), Der deutsch-israelische Dialog, Teil I: Politik, Band 1, München u.a.: Saur, 1987, S. 33 ff. und 45 ff.; 46 (Zitat).

[26] Vgl. Nahum *Goldmann*, Staatsmann ohne Staat. Autobiographie, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1970, S. 307 ff.

[27] Text in *Vogel*, a.a.O., S. 76-91.

beanspruchte) leistete nun Zahlungen an Bürger eines Staates, der erst seit 1948 existierte, und außerdem an Menschen, die nicht einmal in diesem Lande lebten. Auch die finanziellen Leistungen waren symbolisch - wie sollte man Leben und Leid von Menschen in Geld ausdrücken?! Und doch ist darauf hinzuweisen, daß in den Aufbaujahren der Bundesrepublik jede Mark besonders wert und teuer war. Entscheidend war, daß die Bundesrepublik Deutschland eine moralische Verantwortung der Deutschen demonstrierte und Bundeskanzler Adenauer die Konsequenzen - durchaus gegen den Widerstand seiner Finanzberater - durchsetzte.

Diese bedeutende moralische Geste war sicherlich begleitet von handfesten realpolitischen Motiven; das eine läßt sich wohl vom anderen nicht säuberlich trennen: Israel suchte geradezu verzweifelt Kredite und andere Aufbauhilfen; und Adenauer war sich bewußt, daß das Verhalten der Bundesrepublik gegenüber den überlebenden Juden und dem Staate Israel insbesondere für die westlichen Beobachter so etwas wie ein Gradmesser der Beurteilung war. So hatte US-Oberbefehlshaber John McCloy bereits im Juli 1949 festgestellt, die USA würden das Verhalten der im Entstehen befindlichen Bundesrepublik gegenüber Israel als einen Maßstab für die Gestaltung der künftigen Beziehungen betrachten.[28]

In diesen Monaten verhandelte die Bundesrepublik auch mit den Westalliierten über eine Regelung der Reichs- und Nachkriegsschulden. Hans-Peter Schwarz bemerkt dazu: „Wenn die Bundesrepublik den Anspruch auf die Rechtsnachfolge des Reiches erhebt, muß sie im Grundsatz die Reichsschulden und die Schulden aus der Besatzungszeit übernehmen. Anders ist eine Wiederherstellung des deutschen Kredits nicht möglich. Genauso steht es mit der moralischen Verantwortung Deutschlands. Hier lasten Judenverfolgung und Judenmord am schwersten. Eine allmähliche Wiederher-

[28] „The world will carefully watch the new West German state, and one of the tests by which it will be judged will be its attitude towards the Jews and how it treats them." (US-Militärgouverneur John Mc Cloy, zitiert in *New York Times*, 1.8.1949, vgl. Lily *Gardner Feldman*, The Special Relationship between West Germany and Israel, Boston u.a.: Allen &

stellung des moralischen Kredits erfordert somit die Anerkennung der Ehrenpflicht zur Wiedergutmachung."[29] Kurz: Die Bundesrepublik benötigte Israel und die Juden, um in mehrfacher Hinsicht kreditwürdig zu werden - moralisch, politisch und pekuniär. Israel wiederum brauchte Geld, Waren und Waffen. In den Worten von Lily Gardner-Feldman, der Verfasserin der wohl besten Studie zum bundesdeutsch-israelischen Verhältnis: „The Federal Republic and Israel needed each other simultaneously and uniquely."[30]

Bezeichnend für das bundesrepublikanisch-israelische Verhältnis ist, daß es nicht bei einer einzigen großen Geste seitens Deutschlands geblieben ist. Vielmehr hat das in den frühen fünfziger Jahren begründete Verhältnis in den folgenden Jahrzehnten einen stetigen Ausbau erfahren. Hatte der erste Bundespräsident Theodor Heuss von einer „kollektiven Scham" - nicht Schuld - der Deutschen gesprochen, so entwickelte sich später eine bundesdeutsche Haltung, die von besonderer Verantwortung gegenüber dem Staat Israel geprägt war.

Ohne hier alle Stationen der Entwicklung im Einzelnen nachzeichnen zu können, sei wenigstens auf die Höhepunkte hingewiesen: In den späten fünfziger und insbesondere frühen sechziger Jahren engagierte sich die Bundesrepublik in einer militärischen Zusammenarbeit mit Israel.[31] Dies geschah zu einer Zeit, da nur Frankreich, nicht aber die USA zu einer militärischen Unterstützung des jüdischen Staates bereit waren. Im französischen Fall entsprach die Rüstungshilfe für Israel einem eindeutigen strategischen Anliegen: es galt, den gemeinsamen Gegner Ägypten zu isolieren. Im Jahre 1967, nachdem der Algerien-Krieg zu Ende gegangen war und

---

Unwin, 1984, S. 51 f.)

[29] Hans-Peter *Schwarz*, Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg, 1867-1952, München: dtv, 1994, S. 899.

[30] *Gardner Feldman*, The Special Relationship, a.a.O. S. 65.

[31] Vgl. insb. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964, Wissenschaftl. Leiter: Rainer A. *Blasius*; Bearbeiter: Wolfgang *Hölscher* und Daniel *Kosthorst*; Gesamtherausgeber: Hans-Peter *Schwarz*, München 1995, Bd. I, S. 151; Bd. II, S. 1164-1167.

Frankreich sich um das „arabische Öl" zu sorgen begann, beendete Präsident Charles de Gaulle kurzerhand die Rüstungshilfe an Israel. Der bundesdeutsche Fall lag bemerkenswert anders: Die Rüstungshilfe an Israel entsprang keinen besonderen eigenen „strategischen Interessen" im Nahen Osten, sondern dem Wunsch, sowohl Israel als auch den USA entgegenzukommen. Da die USA mit Rücksicht auf arabische Empfindlichkeiten eine direkte Militärhilfe an Israel scheuten, übernahm die Bundesrepublik gewissermaßen die Rolle eines amerikanischen Stellvertreters. Sie hatte dafür auch unangenehme Konsequenzen zu tragen.

Nachdem die deutschen geheimen Waffenlieferungen an Israel bekannt geworden waren, stellte Bonn zwar die Rüstungshilfe ein; dafür nahm es am 13. Mai 1965 demonstrativ diplomatische Beziehungen zu Israel auf und nahm dafür ein politisches Fiasko gegenüber den meisten arabischen Staaten - den Abbruch diplomatischer Beziehungen - hin. Trotz der späteren Ölkrisen und den Ansätzen einer europäischen „ausgewogenen" - d.h. eher araberfreundlichen - Nahost-Politik[32] behielt die Bundesrepublik ihre grundsätzlich israelfreundliche Haltung bei. Während etwa Frankreich unter Premierminister Jacques Chirac dem Irak seit 1974 hochmoderne Waffen und wichtiges *know-how* im nuklearen Bereich verkaufte,[33] verweigerte die Bundesrepublik in den frühen achtziger Jahren die Lieferung von Leopard-II-Panzern nach Saudi-Arabien - trotz der offensichtlichen wirtschaftlichen Anreize.[34] Auch dieses Beispiel ist als bemerkenswertes Zeichen deutscher Rücksichtnahme gegenüber Israel und des Überwiegens moralischer Bedenken gegenüber realpolitischen Erwägungen zu sehen.

---

[32] Vgl. Karl *Kaiser* und Udo *Steinbach* (Hrsg.), Deutsch-arabische Beziehungen, München, Wien: Oldenbourg, 1981 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik).

[33] Vgl. Helmut *Hubel*, Frankreichs Rolle im Nahen Osten, Bonn: EUV, 1984 (Forschungsinstitut der DGAP, Arbeitspapiere Nr. 37), S. 62 ff. und Pierre *Péan*, Les deux bombes, Paris 1992.

[34] Hier ist, wohlgemerkt, von offiziellen Rüstungslieferungen und nicht von illegalen Praktiken einzelner deutscher Firmen, etwa gegenüber Libyen und dem Irak, die Rede!

In den frühen neunziger Jahren wandelte sich diese Rücksichtnahme gar zu bewußter Parteinahme für Israel und dessen Sicherheit: Unter dem Eindruck der irakischen Raketenangriffe gegen den jüdischen Staat im Januar/Februar 1991 und angesichts der „Scham" deutscher Politiker wegen der Unterstützung irakischer Rüstungsprogramme seitens einiger deutscher Firmen genehmigte die Bundesregierung den Verkauf von zwei U-Booten an Israel.[35] Diese mit Raketen ausgerüsteten U-Boote werden Israel eine seegestützte nukleare Zweitschlagfähigkeit verleihen.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß die bundesdeutsche Nahost-Politik seit den siebziger Jahren eine Orientierung verfolgt hat, die einerseits eine verstärkte Zusammenarbeit der EG-/EU-Staaten fördern, andererseits aber keine unüberbrückbare Kluft zur Nahost-Politik der USA aufkommen lassen wollte. Am Beispiel der EG-Nahost-Erklärung von Venedig (Juni 1980) ließe sich zeigen, wie die Bundesrepublik zwischen den nahostpolitischen Positionen Frankreichs und denen der Israel nahestehenden USA eine vermittelnde Rolle gespielt hat.[36] Aus der Sicht Israels gilt Deutschland heute von allen EU-Staaten als der wichtigste und engste Partner. Wenn wir diese Feststellung den Anfängen der Beziehungen in den frühen fünfziger Jahren gegenüberstellen, so ist etwas geradezu Unglaubliches zu verzeichnen. Mit den Kategorien „normaler Realpolitik" wäre dies nicht zu erklären.

2. Zu den besonderen Beziehungen USA - Israel

Auch das Verhältnis des jüdischen Staates zu den Vereinigten Staaten sprengt normale Maßstäbe. Der bereits zitierte amerikanische Journalist *Friedman*[37] *hat das besondere Verhältnis der beiden Staaten auf die ge-*

[35] Vgl. *Hubel*, Der zweite Golfkrieg in der internationalen Politik, Bonn: EUV, 1991 (Forschungsinstitut der DGAP, Arbeitspapiere Nr. 62), S. 62.

[36] Persönliche Informationen im Auswärtigen Amt, Bonn.

[37] Vgl. Anm. 12.

meinsame religiöse Prägung durch das Alte Testament zurückgeführt: Die Gründer der USA, die Puritaner, hätten die Einwanderung der Juden ins gelobte Land gewissermaßen noch einmal durchgeführt. Die Einwanderung und, so könnte man über Friedman hinausgehend hinzufügen, die Landnahme und -entwicklung sind Grunderfahrungen von Amerikanern wie von Israelis. Beide Gesellschaften rangieren heute füreinander an erster Stelle: man betrachte nur den gegenseitigen Reiseverkehr, die intensive Kommunikation, nicht zuletzt in den Wissenschaften, die herausragende Berichterstattung in den Medien und vieles andere mehr.

Die Rolle der jüdischen Gemeinschaft in den USA und der politische Einfluß der sogenannten Israel-Lobby sind bereits erwähnt worden. Zu wiederholen ist, daß es sich hierbei nicht um dauerhafte Konstanten, sondern um das Resultat längerer Entwicklungen handelt: Für die USA war der neu gegründete Staat Israel für fast 20 Jahre nicht das, was er heute ist. In den fünfziger und frühen sechziger Jahren betrachteten die USA - angesichts des geopolitischen Ringens mit der Sowjetunion - die arabisch-islamischen Staaten (einschließlich der Türkei) als viel wichtigere Partner im Nahen und Mittleren Osten. In der Suez-Krise von 1956 zwang der damalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower, mitten im Wahlkampf um seine Wiederwahl, Israel und die mit ihm insgeheim verbündeten Frankreich und Großbritannien zum Rückzug vom Suez-Kanal.

Erst angesichts verstärkter sowjetischer Beziehungen zu arabischen Partnern begannen die USA, in Israel so etwas wie einen „natürlichen Verbündeten" zu sehen. Die ersten nennenswerten amerikanischen Waffenlieferungen an Israel erfolgten erst im Jahre 1962; den Durchbruch in den Beziehungen erbrachte erst der Sechs-Tage-Krieg von 1967 mit dem Triumph westlicher Waffen in der Hand Israels über die sowjetischen Waffen im Arsenal der arabischen Gegner. Erst angesichts dieser gewandelten regionalen Konstellation konnte die Israel-Lobby zu dem einflußreichen Akteur werden, der sie heute im politischen System der USA ist.

Als ‚Faustregel' läßt sich feststellen, daß der Einfluß der Israel-Lobby zu Amtszeiten demokratischer Präsidenten ausgeprägter war als bei republikanischen. Dies trifft insbesondere für Dwight D. Eisenhower und George Bush zu, die sich Israel gegenüber eher distanziert verhalten haben; demgegenüber hegte der republikanische Präsident Ronald Reagan gegenüber Israel von Anfang an eine grundlegende Sympathie - was ihn allerdings im Jahre 1981 nicht daran hinderte, gegen den Widerstand der Freunde Israels den Verkauf von Aufklärungsflugzeugen des Typs AWACS an Saudi-Arabien durchzusetzen.[38] Als besonders israelfreundlich gelten von den Demokraten gestellte Präsidenten wie John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson und insbesondere der heutige Bill Clinton: Kennedy genehmigte erstmals Waffenlieferungen an Israel, unter Johnson fanden sich die USA damit ab, daß Israel Atomwaffen entwickelte - entgegen der amerikanischen nuklearen Nichtverbreitungspolitik,[39] und Bill Clinton konnte bis zum Amtsantritt der Regierung Netanyahu im Mai 1996 als der größte Freund Israels gelten, der jemals im Weißen Haus residiert hat.[40]

Im Kongreß ist die Zuordnung von Freunden und Gegnern Israels nach Parteizugehörigkeit schwierig. Israel verfügt heute in beiden großen Parteien über eine meist solide Mehrheit. Diese gründet sich auf eine generelle Sympathie für den jüdischen Staat in der Öffentlichkeit und in den Medien. Hinzu kommt, daß die jüdische Bevölkerung der USA bekanntermaßen politisch besonders aktiv ist, sich bei Vorwahlen und Wahlen weit überdurchschnittlich stark beteiligt und daß ihre finanziellen Zuwendungen an

---

[38] Vgl. zu dieser Darstellung Steven L. *Spiegel*, The Other Arab-Israeli Conflict. Making America's Middle East Policy, from Truman to Reagan, Chicago: Chicago Press, 1985; und Helmut *Hubel*, Die USA im Nahost-Konflikt, Bonn: Europa Union Vlg., 1983 (Forschungsinstitut der DGAP, Arbeitspapiere Nr. 23), S. 33 ff.

[39] Vgl. Shlomo *Aronson*, unter Mitwirkung von Oded *Brosh*, The Politics and Strategy of Nuclear Weapons in the Middle East, Albany: State Univ. of New York Press, 1992.

[40] So wörtlich Bernard Reich in seinem Vortrag zur Nahost-Politik der USA an der University of California at Irvine, 6. Mai 1996.

Kandidatinnen und Kandidaten von Kongreßwahlen mitunter wahlentscheidend sein können.[41]

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich die Sonderbeziehung zwischen Israel und den USA auf besondere religiöse und historische Erfahrungen gründet, daß sie durch den Ost-West-Konflikt im Nahen Osten geopolitisch-militärisch untermauert worden ist und daß sie heute durch besonders intensive politische und gesellschaftliche Bindungen gestützt wird.

3. Zum deutsch-amerikanischen Verhältnis

Wie bereits erwähnt, gründet sich auch das deutsch-amerikanische Verhältnis auf besondere Faktoren. Der bedeutende Anteil deutscher Einwanderer an der US-Bevölkerung wurde angesprochen. Erst der Erste Weltkrieg brachte einen tiefen Einschnitt in die Beziehungen, die bis dahin in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht gut gewesen waren: das Humboldtsche Universitätsmodell galt bis vor etwa 80 Jahren als weltweit führend und für die aufstrebenden amerikanischen Universitäten als Vorbild; in vielen Kirchen der USA war auf deutsch gepredigt worden, viele Tageszeitungen waren bis etwa 1917/18 in deutscher Sprache erschienen.[42] Bedeutete der Erste Weltkrieg einen ersten Einschnitt, so wurde der Zweite Weltkrieg zur traumatischen Erfahrung: Zuerst boten die USA vielen Flüchtlingen aus Hitler-Deutschland eine Zuflucht, dann mußten sie in den Krieg ziehen, um Deutschland und Europa von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft zu befreien.

---

[41] Vgl. detailliert für die frühen siebziger Jahre Marvin C. *Feuerwerger*, Congress and Israel. Foreign Aid Decision-Making in the House of Representatives, 1969-1975, Westport, Conn. 1979 und neuerdings Oliver *Lembcke*, Der Kongreß und Israel. Amerikanische Auslandshilfe im legislativen Entscheidungsprozeß, Berlin: Logos, 1997. Ausgesprochen kritisch hierzu *Ball* und *Ball*, The Passionate Attachment, a.a.O. (Anm. 23).

[42] Anschauliche Belege bietet Richard Whitman *Fox*, Reinhold Niebuhr. A Biography, New York: Pantheon, 1985, S. 51 ff.

Die deutsch-jüdischen Emigranten spielten dann in der US-Besatzungspolitik, bei der Rekonstruktion der Verbrechen und bei den Maßnahmen zur demokratischen *re-education* eine wichtige Rolle; der Wieder- oder Neuaufbau der Wissenschaften, insbesondere der Politischen Wissenschaft, wäre ohne die zurückgekehrten (oder nicht zurückgekehrten, aber doch in der Bundesrepublik rezipierten) Emigranten nicht möglich gewesen. Stellvertretend seien hier nur Arnold Wolfers, Arnold Bergstraesser, Ernst Fraenkel, Ossip Flechtheim und John H. Herz erwähnt.[43]

Über diese kulturpolitischen Bindungen hinaus ging es selbstverständlich auch um „große Politik". An Stelle langer eigener Darlegungen sei Hans J. Morgenthau zitiert - ein anderer deutscher Jude, der nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA zum „Gründungsvater" des Fachs Internationale Politik wurde. Morgenthau führte im Jahre 1951 als amerikanischer Experte über das „deutsche Problem" folgendes aus:

> „A fruitful discussion of the German problem, viewed from an American point of view, must take for granted three fundamental facts. The first fact is the natural position in which the German people find themselves in the midst of Europe. They are by nature the most populous and the most discipled people in Europe, who have at their disposal the greatest industrial potential on the Continent. In consequence, if nature were allowed to take its course, Germany would necessarily become the master of Europe. It is this mastery which the other peoples of Europe refuse to accept and which to prevent they have fought two world wars in one generation. (...) It is this contradiction between the natural endowment of the German people and the political viability of the Continent which, viewed with European eyes, constitutes the German problem. (...)
>
> The second fact (...) is the division of Germany. (...)

[43] Vgl. Alfons *Söllner*, Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte; mit einer Bibliographie, Opladen: Westdeutscher Vlg., 1996.

> The third fact (...) lies in the inevitability for us to look at Germany with our emotions, with our hearts rather than with our minds. Most of us cannot help remembering what has happened in Germany in recent times. But it is an error--it is a real calamity--to look, with the interests of the United States in mind, at Germany today moved by the remembrance of past atrocities. The individual can indulge in the luxury of such emotions. (...) But it is quite a different thing to allow oneself to be influenced by such memories and such sentiments in appraising the interests of the United States, and the policies which the United States should follow, with regard to Germany.[44]

Der Politikwissenschaftler Morgenthau gab damit eine Begründung, weshalb die USA trotz der furchtbaren Erfahrungen des millionenfachen Massenmordes nicht am „deutschen Problem in Europa" vorbeigehen könnten und weshalb es im wohlverstandenen Interesse der USA liege, sich mit Deutschland in Europa aktiv auseinanderzusetzen und es schließlich als demokratischen Partner zu fördern. Morgenthaus Zitat ist gewissermaßen eine Momentaufnahme zu Beginn der Kalten Krieges, als die Frage einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands und später dann dessen NATO-Mitgliedschaft anstand.

Es sollen nun nicht die folgenden dreieinhalb Jahrzehnte intensiver bundesdeutsch-amerikanischer Beziehungen resummiert werden. Vielmehr soll direkt das Ende des Ost-West-Konflikts untersucht werden, bzw. die Situation kurz davor: Als noch nicht der Fall der Berliner Mauer abzusehen war, hatte US-Präsident George Bush am 31. Mai 1989 in Mainz die Bundesrepublik Deutschland als einen „partner in leadership" bezeichnet und diesem „Führungspartner" gewissermaßen angeboten, das Ende des Ost-West-Konflikts und die künftigen Entwicklungen in Europa gemeinsam zu

---

[44] Hans J. *Morgenthau*, Germany: The Political Problem, in: *Morgenthau* (Hrsg.), Germany and the Future of Europe, Chicago: Univ. of Chicago Press, 1951, S. 76-88; 76 f.

gestalten.[45] Mehr als alle anderen Verbündeten haben die USA nach dem Fall der Mauer die deutsche Einheit unterstützt - unter der wichtigsten Bedingung, daß auch die vereinigte Bundesrepublik Mitglied der NATO bleiben werde.[46] Dies entsprach und entspricht auch weiter deutschen Interessen.

Um eine 50-jährige Geschichte kurz zusammenzufassen: Die Bundesrepublik konnte dank amerikanischer Unterstützung einen einzigartigen politischen und wirtschaftlichen Aufstieg erleben. Ob ohne die Attraktivität der „alten Bundesrepublik" die Vereinigung Deutschlands in der erlebten Weise zustande gekommen wäre, kann hier nur als Frage formuliert werden. Zwei Generationen von Westdeutschen und Westberlinern haben eine grundlegend positive Erfahrung mit der amerikanischen Rolle in Westeuropa gewonnen; seit dem Jahre 1990 haben auch die Ostdeutschen an dieser Erfahrung teil. Heute ist die enge Partnerschaft zu den USA selbst bei denjenigen deutschen politischen Parteien unumstritten, die im Westen während des Ost-West-Konflikts für Distanz plädiert hatten.[47] So kann der heutige US-Botschafter John Kornblum mit Recht feststellen, daß die USA heute „ein Teil der ungeschriebenen deutschen Verfassung" seien.[48]

Abschließend seien nun die „Fäden" der drei untersuchten besonderen Beziehungen miteinander verknüpft, um endlich das trilaterale Verhältnis zwischen Deutschland, Israel und den USA direkt anzusprechen.

---

[45] Vgl. die Textauszüge in: *Europa-Archiv*, 44. Jg, 1989, Folge 12, S. D 356-361; D 357.

[46] Vgl. Philip *Zelikow* und Condoleeza *Rice*, Germany United and Europe Transformed, Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press., 1995 (dt. Ausgabe: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin: Propyläen, 1997).

[47] Diese Feststellung wäre durch eine Untersuchung der Einstellungen etwa des linken Flügels der SPD oder der Partei der Grünen zu untermauern.

[48] „We are in their marrow. (...) It has been stated that the U.S. is part of Germany's unwritten constitution, and I think this is probably true." (Zitiert nach: Frederick *Kempe*, An Academy for the Berlin Republic, in: *Wall Street Journal*, 21./22.3.1998.)

Zweigbibliothek Soz
Politikwissensch

V. Zusammenfassung und Ausblick: Kontinuitäten und Wandel im trilateralen Verhältnis

Das Ende des Ost-West-Konflikts war gewissermaßen eine Probe auf die Dauerhaftigkeit des hier untersuchten trilateralen Verhältnisses: Hätten die „Realpolitiker" allein recht, so wäre eine Abschwächung der Beziehungen zu erwarten gewesen. Tatsächlich hatte während des Prozesses der deutschen Vereinigung eine ganze Reihe von amerikanischen und israelischen Beobachtern die Frage gestellt, ob das größere und wohl auch mächtigere vereinte Deutschland noch an den Traditionen der „Bonner Republik" festhalten werde oder ob es nun nicht gewillt sei, unter die Vergangenheit „einen Schlußstrich zu ziehen".[49] Neorealistische Experten wie Kenneth Waltz und John Mearsheimer argumentierten in den frühen neunziger Jahren, nach dem Wegfall des „gemeinsamen Feindes" werde die NATO auf Dauer auch nicht mehr bestehen bleiben.[50] Ein Ende der NATO bedeutete selbstverständlich eine entscheidende Schwächung der deutsch-amerikanischen Bindungen und dann wahrscheinlich ein Ende der besonderen Beziehungen.

Mehr als acht Jahre nach der deutschen Vereinigung liegen einige Erfahrungen vor, um zumindest mit einer gewissen Sicherheit feststellen zu können: keine der genannten Befürchtungen hat sich bewahrheitet. Auch wenn manche Deutsche meinen, man solle „die Vergangenheit auf sich beruhen lassen", so teilen die politische Führung und wohl auch mehrheitlich

---

[49] Vgl. z.B. Walter *Grab*, Gefahren des nationalen Selbstbestimmungsrechts Deutschlands, in: Günter *Trautmann* (ed.), Die häßlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1991, S. 69-75. Weitere Belege bei Helmut *Hubel*, Das vereinte Deutschland aus internationaler Sicht, Bonn: EUV, 1992 (Forschungsinstitut der DGAP, Arbeitspapiere Nr. 73), insb. S. 53 ff.; *ders.* und Bernhard *May*, Ein „normales" Deutschland? Die souveräne Bundesrepublik in der ausländischen Wahrnehmung, Bonn: EUV, 1995 (Forschungsinstitut der DGAP, Arbeitspapiere Nr. 92), insb. S. 99 ff.

[50] Vgl. John J. Mearsheimer, Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War, in: *International Security*, Bd. 15, Nr. 1, Sommer 1990, S. 5-56, und Kenneth N. *Waltz*, The Emerging Structure of International Politics", in: *International Security*, Bd. 18, Nr. 2, 1993, S. 44-79; 76: „NATO's days are not numbered, but its years are".

die Eliten dieses Landes derartige Einstellungen nicht. Im Gegenteil: Auch die im Entstehen begriffene „Berliner Republik" hat sich geradezu demonstrativ in die geschichtliche Verantwortung gestellt - wie wären sonst Bundespräsident Roman Herzogs Proklamierung eines nun alljährlich begangenen Holocaust-Gedenktages am 27. Januar oder die anhaltenden Debatten um das in Berlin geplante Holocaust-Denkmal zu erklären?

Was das deutsch-amerikanische und das amerikanisch-israelische Verhältnis betrifft, so ist festzustellen, daß trotz gelegentlicher Kontroversen über Einzelfragen die Grundlagen der Beziehungen stabil sind. Die Gründe dafür liegen wohl in einer besonderen Kombination von realpolitischen, moralischen und transnationalen Faktoren, die dieses „Dreierverhältnis" prägen.

Realpolitisch gesprochen, bleiben alle drei Partner weiter aufeinander angewiesen:

- Die USA sind, gemessen an den späten vierziger und den fünfziger Jahren, in ihren wirtschaftlichen und politischen Potentialen und Möglichkeiten relativ schwächer geworden, obwohl sie heute die „einzige verbliebene Supermacht" sind. Diese These wäre mit Hilfe statistischer Angaben im Einzelnen auszuführen; darum geht es hier jedoch nicht.[51] Wichtig ist die Feststellung, daß die USA in Deutschland und in Israel wesentliche Verbündete sehen, um ihre weltpolitischen Ziele weiter umzusetzen.
- Für Israel stellen heute die USA und Deutschland die zwei wichtigsten einzelnen Partner dar - die USA in militärischer und politischer Hinsicht, Deutschland (mit Blick auf die EU) in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht.
- Für Deutschland bleiben die USA der Schlüsselpartner, um die europäischen Sicherheitsfragen zu meistern - ob auf dem Balkan, im Verhältnis zu Rußland oder bei der Erweiterung der westlichen Allianz nach

[51] Vgl. auch Hans-Peter *Schwarz*, Die neue Weltpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts - Rückkehr zu den Anfängen vor 1914?, in: Karl *Kaiser* und Hans-Peter *Schwarz* (Hrsg.), Die neue Weltpolitik, Bonn 1995 (Bundeszentrale für Politische Bildung), S. 15-33; 26 f.

Osten. Deutschland hat anläßlich seiner Vereinigung seinen Verzicht auf Atomwaffen bekräftigt. Die nukleare „Restgarantie" der USA ist auf absehbare Zeit zwar nicht mehr von vitaler Bedeutung, Prognosen für die Zukunft sind jedoch unsicher. Israel besitzt für Deutschland weiter einen besonderen Rang, und dies ist weniger durch realpolitische Interessen, als durch die Faktoren der Moral und der politischen Erinnerung bedingt.

Deutschlands „Rückkehr auf die Weltbühne"[52] war nur möglich wegen seiner doppelten Einbindung - einmal in die von den USA geführte westliche Militärallianz und zweitens in die westeuropäische Integration.[53] Wegen seiner in 40 Jahren nachgewiesenen demokratischen Reife und wegen seiner Bereitschaft, wichtige Elemente staatlicher Souveränität zu vergemeinschaften - bis hin zur „Europäisierung" der D-Mark im Euro! - konnten sich Europas Nachbarn mit dem größer gewordenen Deutschland im Jahre 1990 abfinden. Der Fortgang der europäischen Integration - eine jeweils erfolgreiche „Vertiefung" und „Erweiterung" nach Osten - dürfte das weltpolitische Gewicht der EU und darin Deutschlands verstärken.

Daß sich die EU in den neunziger Jahren auch gegenüber Israel weiter geöffnet und im Jahre 1995 mit diesem Land einen Assoziationsvertrag geschlossen hat, ist insbesondere auf deutsche Initiative erfolgt. Wegen der dadurch eröffneten wirtschaftlichen Perspektiven ist die EU für Israel heute so wichtig - ein Grund, weshalb Botschafter Avi Primor heute Deutschland als das nach den USA wichtigste Land für Israel bezeichnet.[54]

---

[52] Hans-Peter *Schwarz*, Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin: Siedler, 1994.

[53] Vgl. die empirische und theoretische Begründung dieser These in: Robert O. *Keohane*, Joseph S. *Nye* und Stanley *Hoffmann* (Hrsg.), After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press, 1993.

[54] Avi *Primor*, The Triangle: United States – Germany – Israel, Beitrag zum Abschluß der Tagung „The Triangular Relationship between Israel, Germany and the United States", Georgetown University, Washington, D.C., 15. April 1998 (Manuskript).

Für Israel, dessen Wurzeln - wie erwähnt - zu einem wesentlichen Teil in Europa liegen, bedeutet diese Entwicklung eine große Zukunftschance. In historischer Perspektive erscheint die Verbindung zwischen Israel und Europa aber noch intensiver als nur auf wirtschaftlichen Fragen beruhend. Zum Abschluß sei auf zwei Aspekte hingewiesen, die gewissermaßen zurückführen auf die „schmerzvolle Symbiose" zwischen Deutschen und Juden in Europa und die nun den dritten „Akteur" USA einbeziehen.

Der eine Aspekt ist die „Rückkehr Osteuropas nach Europa". Hier geht es nicht nur um die Erweiterung von NATO und EU; hier geht es auch um die Auseinandersetzung mit einer jahrzehntelang verschwiegenen Geschichte jüdischen Lebens in Osteuropa. Polen beispielsweise hat gegenüber Israel in den vergangenen Jahren bedeutende Anstrengungen unternommen. Auch die baltischen Staaten sind dabei, ihr reiches jüdisches Erbe wiederzuentdecken und sich damit auseinanderzusetzen. Daß dies im Zusammenhang mit ihrem Ziel steht, möglichst schnell der EU beizutreten, braucht nicht verschwiegen werden. Vielmehr wird auch hieran deutlich, welche Sogkraft der Prozeß der europäischen Integration mittlerweile auch nach Osten entwickelt hat.

Aus deutscher Sicht ist hervorzuheben, daß seit dem Fall der Berliner Mauer infolge der Einwanderung aus Osteuropa die jüdische Gemeinschaft in Deutschland zahlenmäßig beträchtlich angewachsen ist. Sicherlich: Ein Anstieg von früher kaum mehr als 20.000 auf gegenwärtig etwa 75.000 und in wenigen Jahren möglicherweise 100.000 Menschen ist statistisch gesehen noch immer kaum signifikant. Die jüdischen Gemeinden von knapp 600.000 Menschen, die bis 1933 in Deutschland gelebt hatten, werden dadurch nicht in alter Form „wiedererstehen", auch wenn an mehreren Orten Deutschlands Synagogen restauriert werden oder neu entstehen. Dennoch ist dieser Neuanfang bedeutsam und wird die Wiederkehr jüdischen Lebens nach Deutschland in den USA und in Israel aufmerksam verfolgt.[55]

---

[55] Vgl. z.B. Robert B. *Goldman*, Celebrating the Rebirth of Germany's Jews, in: *International*

Daneben ist auf neue Aktivitäten jüdischer Organisationen in Deutschland hinzuweisen. So ist die Eröffnung des ersten europäischen Büros des American Jewish Committee am 9. Februar 1998 in Berlin bedeutsam. Diese Organisation war Anfang des 20. Jahrhunderts von aus Deutschland eingewanderten Juden in den USA gegründet worden. Symbolisch bedeutsam ist überdies die Tatsache, daß dieses Büro in das neu wiedererrichtete Mosse-Gebäude unweit des Brandenburger Tores eingezogen ist, an dessen Stelle in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts der liberale Zeitungsverleger Rudolf Mosse residiert hatte.[56] In diesem Schritt drückt sich die Überzeugung einer der wichtigen jüdischen Organisationen der USA aus, daß die Entwicklungen in Europa so bedeutsam geworden sind, daß sie „vor Ort" von Berlin aus verfolgt werden sollen.[57]

Im Wirken von gesellschaftlichen Organisationen, wie etwa dem American Jewish Committee, wird eine zusätzliche Dimension im Geflecht des trilateralen Verhältnisses sichtbar. In den deutsch-israelischen Beziehungen hatten gesellschaftliche Organisationen, wie Kirchen, Gewerkschaften, Vereinigungen von Journalisten, Schülern, Studenten und Professoren im Bereich der politischen Bildung in den vergangenen Jahrzehnten immer schon eine bedeutsame Rolle gespielt. Mit der neuen Tätigkeit des American Jewish Committe in Berlin, Deutschland und Europa und den verstärkten Aktivitäten der deutschen jüdischen Organisationen, etwa des Zentralrats der

---

Herald Tribune, 23.7.1997, S. 9. - Am Rande sei erwähnt, daß Goldmans Vater im Jahre 1938 für einige Wochen in Buchenwald interniert, aber wieder freigekommen war. Vgl. *ders.*, Flucht in die Welt. Ein Lebensweg nach New York, Frankfurt: Fischer, 1996, S. 61-66; und *ders.*, November 9 - Fires of Terror, Fires of Joy, Washington, D.C.: Konrad Adenauer Stiftung, 1996 (Washington Occasional Paper Series No. 27-96). - Vgl. zu diesem Thema auch den nachdenklichen Beitrag von Ignatz *Bubis*, Reflexionen eines deutschen Juden. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland und ihr Verhältnis zu Israel, in: Heiner *Lichtenstein* und Otto R. *Romberg* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Israel: Vision und Wirklichkeit, Bonn 1998 (Bundeszentrale für Politische Bildung), S. 214-221.

[56] Vgl. Beate *Neuss*, Nicht in der Vergangenheit eingefroren. Die Deutschland-Politik des American Jewish Committee", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.2.1998, S. 9.

[57] Vielleicht täte es den Deutschen - bei allen aktuellen Sorgen um wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze - doch gut, zu sehen, welche Erwartungen - ja welche Zuversicht - Beobachter von außen dem Prozeß der „Vereinigung Europas" und der deutschen Rolle dabei entgegenbringen.

Juden in Deutschland unter seinem Leiter Ignatz Bubis, könnte dieses Geflecht gesellschaftlicher Akteure dem hier behandelten trilateralen Verhältnis eine weitere Dimension geben. Dabei wird es nicht nur um die Pflege der gegenseitigen Beziehungen gehen können: Im gemeinsamen Projekt der „Rückkehr Osteuropas nach Europa" können die heutigen Akteure des trilateralen Verhältnisses gewissermaßen zurück zu ihren eigenen Ursprüngen gelangen. Die Hoffnung - besonders aus deutscher Sicht - ist, daß dabei jüdisches Leben und Wirken in Europa wieder einen Platz und einen Rang erhalten, die dem reichen kulturellen Erbe entsprechen. Die Erwartung erscheint nicht ganz unbegründet, daß Deutschland und Europa mit den USA und dem Staat Israel dadurch in Zukunft noch intensiver verbunden werden.

Forum Politicum Jenense

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT

(Bezug gegen Einsendung der Herstellungskosten + Porto)

Beitrag Nr. 1:

Klaus Dicke: Der Krieg als Lehrmeister des Friedens? (Vortrag anläßlich des 190. Jahrestages der Schlacht bei Jena und Auerstedt, 8. Oktober 1996), Jena 1996

Beitrag Nr. 2:

Ingo Kolboom: Die Ära Mitterrand 1981 - 1995. Versuch einer Bilanz (Vortrag im Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität, 20. Juni 1996), Jena 1997

Beitrag Nr. 3:

Jörg Monar: Der Vertrag von Amsterdam. Grenzen und Risiken des intergouvernementalen Verfassungsgebungsprozesses der Europäischen Union (Vortrag im Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität, 9. Juli 1997), Jena 1998

Beitrag Nr. 4:

Hans Maier: Europa und die Kirchen
Werner Leich: Zum Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR. Hintergründe, Fakten, Erkenntnisse
(Vorträge im Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität, 27. und 28. Januar 1998), Jena 1998

Beitrag Nr. 5:

Helmut Hubel: Moral, Realpolitik und transnationale Bindungen: Das trilaterale Verhältnis zwischen Deutschland, Israel und den USA (Vortrag im Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität, 1. Juli 1998), Jena 1998